Dann sagt die Grossrätin unter Tränen: «Schämen Sie sich!»

Debatte um Gaza-Hilfe aus Basel Im Grossen Rat gehen die Meinungen zu humanitärer Hilfe für Gaza auseinander. Bürgerliche werfen Anzugssteller Oliver Bolliger (Basta) gar «Hamas-Propaganda» vor.

Andrea Schuhmacher

Ein Anzug von Basta-Grossrat Oliver Bolliger sorgte am Mittwoch im Basler Grossen Rat für eine äusserst emotionale Debatte zu später Stunde. Das Thema: Soll die Basler Regierung zeitnah humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza leisten?

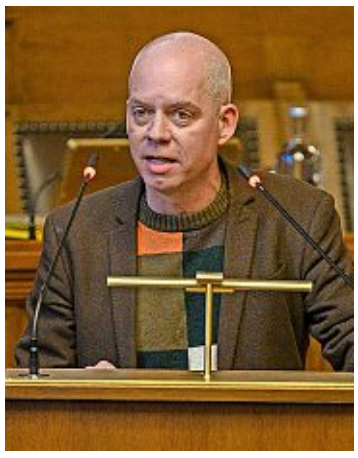
«Ja, die humanitäre Lage in Gaza ist schwierig, das bestreitet niemand», sagte SVP-Grossrat Joël Thüring, «aber dieser Anzug ist einseitig, politisch gefärbt und blendet die Realität aus: dass nicht Israel, sondern die Terrororganisation Hamas diesen Krieg startete.» Der Kanton könne nicht Gelder sprechen, ohne zu wissen, wohin diese fliessen. Die Hamas habe dort das Sagen: «Somit stärkt jeder Franken den Terror.» Er habe im Vorstoss «mindestens teilweise» ein «israelfeindliches Narrativ» herausgehört, fügte Thüring an.

Im Anzug wird unter anderem geschrieben, dass die «aktuelle Situation in Gaza» ein «menschliches Drama und eine humanitäre Katastrophe» sei. Seit zwei Monaten blockiere die israelische Regierung «jegliche internationale Hilfslieferungen nach Gaza» und «die Essensvorräte neigen sich dem Ende zu».

Mitte-Grossrat Daniel Albietz unterstellte den Anzugsstellern ebenfalls mit dem Anzugstext, «antiisraelische oder israelfeindliche Narrative» zu transportieren und somit «Hamas-Propaganda» zu verbreiten. «Solche Anzüge fördern den grassierenden Antisemitismus.»

Vertriebene Palästinenser flüchten aus Gaza-Stadt am 17. September entlang der Küste in Richtung Süden. Die Situation im Gazastreifen beschäftigte am selben Mittwoch auch das Basler Parlament. Foto: AP

Grünen-Grossrätin Fleur Weibel war entsetzt über die Reaktion der Bürgerlichen. Foto: Lucia Hunziker



Oliver Bolliger (Grossrat Basta) will das Leiden der zivilen Bevölkerung in Gaza reduzieren.

SVP-Grossrat Joël Thüring sprach sich gegen die humanitäre Hilfe aus. Fotos: Dominik Plüss

Bolliger wehrt sich gegen Vorwürfe

«Schämen Sie sich, schämen Sie sich, schämen Sie sich», erwiderte Grünen-Grossrätin Fleur Weibel unter Tränen ihren Ratskollegen. «Es geht hier in diesem Anzug darum, Gelder für humanitäre Hilfe zu beantragen.» Das habe mit Hamas-Propaganda nichts zu tun. «Was Sie hier machen, ist dieses Parlaments unwürdig.»

Grossrat Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP) zeigte sich erstaunt über Weibels Äusserungen: «Das war für mich ein klarer persönlicher Angriff.» Das Präsidium hätte eingreifen müssen. «Es ist ein emotionales Thema, aber es gibt für mich auch Grenzen im Umgang mit anderen Ratskolleginnen und Ratskollegen.»

Oliver Bolliger wehrte sich seinerseits gegen die Vorwürfe von Daniel Albietz und Joël Thüring, ein Hamas-Sympathisant oder antisemitisch zu sein: «Das ist eine absolute Frechheit, und ich hätte mir auch hier gewünscht, dass da etwas gesagt worden wäre, aber das ist ja nicht immer so einfach in einer solchen Debatte.» Er habe den Anzug gestellt, damit geprüft werden könne, ob der Kanton das Leiden der Zivilbevölkerung in Gaza reduzieren könne. «Ich bin emotional nicht mehr in der Lage, dieses grosse Leid zu erfassen», so Bolliger weiter, «es übersteigt meine Möglichkeiten.»

Unterstützung erhielt er von SP-Grossrat Daniel Gmür: «Wenn es die Hamas nicht mehr gibt und wenn der Konflikt beendet ist, wird Gaza immer noch ein Landstreifen sein, in dem die meisten Personen in desolaten Zuständen hungern, ihr Zuhause verloren haben und mehrfach vertrieben wurden.» Es gehe in diesem Anzug einzig und allein darum, zu prüfen, wie die Zivilbevölkerung unterstützt werden könne. «Ich werde diese Aussage noch so oft machen, bis Sie aufhören, die Augen zu verdrehen», sagte er in Richtung der Kritiker.

Grosser Rat
Berichterstattung aus dem Rathaus

Der Grosse Rat überwies den Anzug schlussendlich mit 56 zu 34 Stimmen bei 5 Enthaltungen. SP, Grüne, Basta und GLP sprachen sich für den Anzug aus, während die Fraktionen LDP, FDP, SVP und Mitte-EVP dagegen stimmten. Das bedeutet, dass die Regierung nun prüfen und berichten muss, ob humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza durch den Kanton geleistet werden soll.

Bolligers Vorstoss schlägt der Regierung zudem vor, eine Beteiligung beim Wiederaufbau nach Beendigung des Krieges zu prüfen. Er nennt auch Unterstützungsprogramme zur Behandlung von psychischen Kriegstraumatisierungen aller Betroffenen und «friedensfördernde Massnahmen» aus der Zivilbevölkerung in Gaza und Israel. Zusätzlich werden auch eine Aufnahme von Flüchtlingen und Kindern sowie die Option einer «Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza oder in den palästinensischen Gebieten» genannt.

Mit Material der SDA